

**A10** Schulfrei für die Bundeswehr

Gremium: Landesvorstand, AK Bildung  
 Beschlussdatum: 01.03.2020  
 Tagesordnungspunkt: TOP 14 Anträge  
 Status: Modifiziert

- 1 Die GRÜNE JUGEND Hessen fordert ein Verbot der Bundeswehr im Klassenzimmer.  
 2 Jugendoffiziere - also junge Soldat\*innen - der Bundeswehr sind bereits seit  
 3 vielen Jahrzehnten in den Schulen aktiv. Sie sollen dabei in Zusammenarbeit mit  
 4 anderen Akteur\*innen der Friedens- und Konfliktforschung über die  
 5 sicherheitspolitischen Herausforderung und die Möglichkeiten der  
 6 Friedensförderung den Unterricht bereichern und somit zur politischen  
 7 Friedensbildung beitragen. Wir unterstützen den Ansatz, Schüler\*innen zusätzlich  
 8 zum Politikunterricht über Friedens- und Konfliktforschung zu informieren.  
 9 Formal ist es zwar dabei den Jugendoffizieren strengstens verboten die  
 10 Schüler\*innen anzuwerben. Dieses Indoktrinierungsverbot lässt sich jedoch in der  
 11 Realität nicht durchsetzen. Die Jugendoffiziere werben mit ihrer Biografie,  
 12 ihrem persönlichen Vorbildcharakter für den Soldat\*innenberuf und damit für das  
 13 Militär als Arbeitgeber. Schulen sollen sich der politischen Neutralität  
 14 verpflichten, wobei wir es für illusorisch halten, dass geschulte Offizier\*innen  
 15 neutral und ohne für die Bundeswehr zu werben, Schuler\*innen einen weiteren  
 16 Zugang zu Friedens- und Sicherheitspolitischen Fragestellungen geben können.  
 17 Auch halten wir es für unwahrscheinlich, dass vereidigte Offiziere einen  
 18 neutralen und kritischen Ansatz aufzeigen. Dabei ergibt sich unserer Meinung  
 19 nach ein Spannungsfeld zwischen der zu erwartenden politischen Neutralität des  
 20 Vortragens und des per Eid geschworenen Treue zu ihrem Dienstherrn.  
 21  
 22 Wir als GRÜNE JUGEND Hessen fordern deshalb:  
 23 - ein Friedensbildung in den Schulen, in welcher Möglichkeiten des persönlichen  
 24 Gewaltverzichts, der friedlichen Streitbeilegung und die Methoden der zivilen  
 25 Konfliktbearbeitung vorgestellt werden.  
 26 - Friedensbildung soll dabei die persönliche Entscheidungsfindung und  
 27 Urteilskraft fördern.  
 28 - Das Verbot von Aktivitäten der Bundeswehr an allen Bildungs- und  
 29 Erziehungseinrichtungen, sowie  
 30 - das Einbeziehungsverbot der Bundeswehr in die Aus- und Fortbildung von  
 31 Lehrerinnen und Lehrer.

**Begründung**

erfolgt mündlich